

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Dieser Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Alte Stadt

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 5000.— M., durch die Post bezogen monatlich 5000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1700.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonntagsnummer 300.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5spaltige Komposition 400.— M., auswärts 500.— M., die 3spaltige Reklamezeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7600 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverlag 150 M.

Nr. 104

Dresden, Sonnabend den 5. Mai 1923

34. Jahrg.

Frankreichs Machtspruch und die Verbündeten

Die Reparationsnote der deutschen Regierung hat bereits ganz bestimmte Wirkungen auf die Entente ausgeübt, nämlich: die Differenzierung der Mächte und die Vergrößerung der Spannungen zwischen Frankreich und den andern. Wäre die Note nicht so ungeschickt gewesen und hätte sie in der Garantieforderung sichere Bürgschaften enthalten, so wäre die Hoffnung auf Gewinnung Englands und Italiens für Verhandlungen heute wahrscheinlich aussichtsreicher. Die französischen Regierungskreise verfolgen aus „Prellgründen“ und Nachhülfe ihre rückwärtslose Draufgängerpolitik planmäßig weiter. Poincaré gab sofort das Stichwort „Unannehmbar“ aus und stellte damit das hiesige Belgien vor den Bruch der Zustimmung. Zugleich schuf er damit eine vollendete Tatsache gegenüber England und Italien, die dadurch aus einer gemeinsamen Antwort ausgeschlossen werden — falls sie sich nicht dem Pariser Diktum unterwerfen wollen. Aber dies bräufte Pariser Vorgehen hat offensichtlich überall etwas verstimmt, sogar Belgien macht Einwendungen. Zwar stimmt Brüssel dem Unannehmbar zu, aber es will ausführliche sachliche Begründung, viellecht, um die Fäden nicht abzuschneiden. Paris will darauf nicht eingehen, so daß die Möglichkeit besteht, daß Frankreich und Belgien getrennte Antworten geben. Die englische Regierung erklärt, daß sie mit ihren Verbündeten „Fühlung genommen“ habe. Die Londoner Regierungspresse sagt, daß man mit Italien so gut wie einig sei. Man werde eine Antwort formulieren und viellecht gemeinsam mit Italien abschicken. Die Anschauungen verdrängten sich dahin, daß der deutsche Vorschlag doch die Möglichkeit einer Grundlage für Verhandlungen bietet. Sollten sich diese Andeutungen als Wahrheit erweisen, so wäre die Isolierung Frankreichs zum erstenmal deutlich erkennbar. Jedoch muß man in all das noch Zweifel setzen und erst die Laifachen abwarten.

unbeschränkter Handel, freundschaftlicher Verkehr und besonders die Entloftung der tiefen latenten Hilfsquellen des britischen Reiches möglich seien. Seiner Ansicht nach haben sich überall die Wolken. Ein Geist des Vertrauens komme unter den Völkern der Welt auf.

Die Arbeiterpartei fordert Verhandlungen

London, 4. Mai. Die Parlamentariergruppe der englischen Arbeiterpartei hielt unter dem Vorzeichen von Ramsay MacDonald eine Sitzung ab, nach deren Beendigung folgende Erklärung abgegeben wurde: „Ohne zu den Einzelheiten der deutschen Note Stellung nehmen zu wollen, glaubt die englische Arbeiterpartei, daß diese Vorschläge eine Grundlage für Verhandlungen zwischen den Verbündeten und Deutschland abgeben könnten. Sie fordert die englische Regierung auf, unverzüglich eine Erklärung in diesem Sinne zu veröffentlichen und eine Konferenz der beteiligten Parteien einzuberufen.“

Die Stimmung im Ruhrgebiet

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Naturgemäß steht auch hier das Angebot der deutschen Regierung im Vordergrund der öffentlichen Erörterungen. Einen großen Raum in der Diskussion nimmt das eventuelle Verhalten der Rechts- und Linkradikalen bei eventuellen Verhandlungen, die für wünschenswert gehalten werden, über den Abschluß des Ruhrabenteuers ein. Es wird allgemein die Auffassung vertreten, daß sich die Extreme von rechts und links mit einem legalen Abschluß der Ruhraktion nicht zufrieden geben, vielmehr zu Gewalttätigkeiten schreiten werden. Die kommunistische Presse zeigt sich in den letzten Tagen außerordentlich nationalistisch und warnt vor Verhandlungen. Sie betritt den Standpunkt, daß die Franzosen und Belgier vor Beginn der Verhandlungen alle besetzten deutschen Gebiete sofort räumen müßten. Die Rechtsradikalen erwarten von einem für Deutschland ungünstigen Ausgang der Verhandlungen eine Stärkung der Nationalisten. Mit Genugtuung ist festzustellen, daß die Arbeiterklasse das Treiben der Kommunisten ebenso entschieden ablehnt, wie die Pläne der Nationalisten. Der Aufruf der kommunistischen Bezirkszentrale in Essen an die örtlichen Parteileitungen, dafür zu sorgen, daß die proletarischen Hunderttausenden am 1. Mai mit Abzeichen versehen in geschlossenem Zuge und straffer Haltung an der Spitze der Mai-festzüge marschieren, ist in den allermeisten Fällen erfolglos geblieben. Wo sich die Hunderttausenden, wie z. B. in Duisburg, an der Maifeier beteiligten, wurden Belgier und Franzosen in ihren Reihen festgehalten. Es steht nicht fest, ob es sich hierbei um belgische und französische Soldaten oder um in deutschen Betrieben beschäftigte Arbeiter handelt. Man nimmt an, daß diese französischen und belgischen „Kommunisten“ Kriminalpolizisten waren, die von den Besatzungsmächten in die Betriebe gesetzt worden sind.

Pahzwang für alle Deutschen

Einen Pahzwang für alle Deutschen führt die Besatzungsbehörde ein. Vom 10. Mai an darf kein Deutscher mehr ins besetzte Gebiet, der nicht einen Pah hat, der allein vom Oberdelegierten der Rheinlandskommission in Koblenz ausgestellt wird.

28 000 Ausweisungen!

Nach den offiziellen Mitteilungen sind bis zum 30. April aus dem altbesetzten Gebiet ausgewiesen: 5271 Beamte und 406 Privatpersonen, aus dem Einbruchgebiet 1010 Beamte, 243 Privatpersonen und 5091 Schutzpolizeibeamte. Unter Einwirkung der Familienangehörigen ist mit zusammen 28 000 Ausgewiesenen zu rechnen. Außerdem sind etwa 1000 Deutsche von den Besatzungsbehörden inhaftiert.

Der Prozeß gegen die Krupp-Direktoren

Obstern begann vor dem französischen Kriegsgericht, das aus fünf Mitgliedern aller Chargen vom Leutnant bis zum Obersten besteht, in Werden an der Ruhr der Prozeß gegen Krupp und die Krupp-Direktoren. Durch einen dreizehnen französischen Militärkommandanten ist die Stadt von der Außenwelt abgeschnitten. Nur wer im Besitz eines Ausweises ist, wird herein gelassen. Auch in der Stadt selbst ist absoluter Pahzwang. Jede Person muß sich auf der Straße ausweisen.

Begründet wird die Rechtsmäßigkeit der Mafie mit der Verordnung des Generals Degoutte, die nach dem Einmarsch erlassen worden ist.

Rechtsanwalt Dr. Grimm erhebt völkerrechtliche Einwendungen gegen die Zulässigkeit des Kriegsgerichts. Der Ankläger behauptet, daß es sich um eine provokatorische und lange vorbereitete Manöfation handelte. Das Ausströmen des Dampfes aus der Lokomotive der Werksbahn wird genau so als eine beabsichtigte feindliche Handlung betrachtet wie das Quellen der Sirenen.

Als erster wird Krupp v. Wöhlen und Halbach benannt. Der Arbeiterrat hat es unbedingt verlangt, daß die Sirenen gezogen werden, weil in der Halle besonders Lastwagen sich befinden, die für den Dienst in der Fabrik und für den Dienst für die Arbeiterklasse gebraucht würden. Auf Protest des Präsidenten erklärt Krupp, daß über das Ziehen der Sirenen bereits früher Vereinbarungen gefahrt wurden, weil ja die Besetzung vorausgesetzt werden mußte. Er habe dann mit verschiedenen Herren der Direktion eine Besprechung gehabt. Er habe niemals daran gedacht, daß es zu einem Konflikt kommen könnte. Er habe schon vor drei bis vier Wochen daselbe Schauspiel der Massenemonstrationen erlebt, ohne daß ein blutiger Zwischenfall zu verzeichnen war.

In der Nachmittags-sitzung bekundete Direktor Krupp, er habe trotz den Vorgängen auf dem Werk seinen Direktorenkollegen und Krupp seinen Bericht in aller Ruhe erstattet, da er

Die verlassene bayerische Regierung

München, 4. Mai. (Eig. Drahtm.) Bei der Beratung des Kapitals Münchner Polizeidirektion im Haushaltungsrat des bayerischen Landtages entwickelte sich eine höchst bedeutsame politische Aussprache, deren Ergebnis zeigt, daß die Regierung von allen Parteien verlassen ist. Selbst ihre hauptsächlichste Stütze, die Bayerische Volkspartei, ließ sie im Stich. Die Abgeordneten Funke und Dr. Westalossa drängten darauf, daß endlich von der Regierung die drohenden Gefahren erkannt und die nötige Energie und Lafrast dagegen aufgebracht werden. Von der Erfahrungheit in den höheren Beamtenkreisen sprach eine Mitteilung des Abgeordneten Wohlmut (Bayr. Vp.), über Äußerungen eines Ministerialrates, die in einer Verleumdung der bayerischen Verbände gefallen war. Dieser Ministerialrat hatte dort gesagt, die Regierung sei im Verein mit den Franzosen, dem Kardinal Faulhaber und dem Papste gewillt, Bayern vom Reich zu trennen. Die Mehrzahl der Beamten folgte aber der Regierung nicht auf diesem Wege. Minister Schweyer nahm während der zweitägigen Aussprache eine geradezu königliche Haltung ein. Er wußte auf diese schmerzliche Mitteilung aus dem Munde eines regierungstreuen Mitgliedes nichts weiter vorzubringen, als er werde der Sache nachgehen, und wenn es sich so verhalte, so wäre der Beamte als ein Sifmischer entlarvt. Genosse Rohaupter stellte am Donnerstag und Freitag wiederholt die Frage an den Minister, woher die Waffen der Kampfverbände am 1. Mai stammten und wozu sie gekommen seien. Der Minister wußte nicht darauf zu erwidern, als daß der Fall erst untersucht werden müsse. Die Waffen befanden sich in den Händen der Reichswehr; aber er konnte nicht sagen, an welchem Orte sie niedergelegt worden sind. Auch die Abgeordneten anderer Parteien stellten die völlige Ohnmacht der Regierung fest, die unwiderlegliche Beweise erbracht habe, daß ihre Machtmittel vollständig verfallen.

Die Debatte im Ausschuß kam nur als das Vorbild zu einer noch gründlicheren Aussprache im Plenum betrachtet werden, wenn der Etat der Münchner Polizeidirektion zur Beratung gelangt.

Im Verlaufe der Ausschusssitzungen erklärte Minister Schweyer nach andern Berichten:

Es sei unrichtig, daß die Kampfverbände am 1. Mai von der Regierung aufgerufen worden seien, und daß der Polizeipräsident ein Aufgebot erlassen habe. Wichtig sei, daß die Vertreter anderer Verbände hätten stellen wollen, was aber auf Weisung der Regierung abgelehnt worden sei. Wegen der Ringabteilung werde der Staatsanwalt eingreifen müssen, auf jeden Fall sei die Regierung korrekt verfahren.

Was die Waffenverteilung an die Nationalsozialisten auf dem Oberwiesfeld anlangt, so habe die Regierung in Erfahrung gebracht, daß die Waffen in der Nacht zum 1. Mai auf Linwegen nach dem Oberwiesfeld gebracht und von dort in der folgenden Nacht wieder abtransportiert wurden. Die Waffen seien inzwischen von der Reichswehr in Gemahrdam genommen worden. General Hoffow sei mit ihm der Auffassung, daß man sich von den bayerischen Verbänden nicht alles bieten lassen könne, was sich in den letzten Tagen in München ereignet habe. Der Minister sagte zu, die Vorkommnisse zu untersuchen und mit aller Entschiedenheit einzugreifen. Er fügte hinzu, der Bürgermeister von Arnberg habe militärische Hilfe von Berlin ohne Wissen der bayerischen Regierung in Anspruch genommen. (Lebhafte Bewegung. Herr. Herr. Herr.) Herr. Herr. Herr. Die Linke antwortete mit dem Zwischenruf: Das ist die Folge, weil die bayerische Regierung nichts tut!

Der Präsident Auer erklärte, alle Welt wisse, wo sich die Waffen der Nationalsozialisten befänden, nur der Minister nicht. Die Polizeiorgane selbst hätten die Waffen hergegeben. Am 1. Mai seien Gesetze aufgestellt gewesen, von denen eins auf das Gewerkschaftshaus und eins auf die Münchner Post mit je hundert Schuß eingestellt war. Neuerdings hätten die Nationalsozialistischen Abgangsteilungen eingerichtet. Werde ihre Tätigkeit nicht eingestellt, so würden von der Sozialdemokratischen Partei Gruppen von 50 bis 80 Mann nachts durch die Straßen marschieren und viele Abteilungen festnehmen. Auer betonte, er würde die Stunde begrüßen, in der auch die sozialistischen Gewerkschaften aufgelöst werden könnten.

Neue Kauferei

München, 4. Mai. In der letzten Nacht kam es nach Schluß der sozialistischen Jugendversammlung zwischen Nationalsozialisten und Jungsozialisten zu einer Kauferei, wobei auch geschossen wurde. Ein 17 Jahre alter Jungsozialist wurde erheblich verletzt. In einem andern Stadtteil wurde ein Angehöriger der Hochdruckgruppe, ein Postbeamter, durch einen Schuß verletzt. Ferner versuchten die Nationalsozialisten eine Gastwirtschaft in der Vorstadt aufzugeben, was ihnen aber nicht gelang.

Poincarés Trieb — Das Elend der Cuno-Regierung

Berlin, 5. Mai. Der Sozialdemokratische Parlamentarier Poincaré hat in der Sitzung der französischen Abgeordneten im Reichstag die deutsche Regierung als Vorkörperung von Verhandlungen zu erörtern. Wenn jetzt die französische Presse behauptet, daß die deutsche Regierung gezwungen werden, so müßte Poincaré seine Meinung schon wieder geändert haben. Berichtet die Antwort Frankreichs und Belgiens, was wir immer noch hoffen wollen, auf seine Demütigungen und stellt sie in der Hauptache die sachlichen Momente geblühendweise in den Vordergrund, dann dürfte die Weisheit des deutschen Volkes bestimmt für eine Nichtantwort sein. Ob die gegenwärtige Regierung dazu imstande ist, wollen wir vorläufig nicht untersuchen. Sicher ist jedenfalls, daß ihr Vertrauen im Ausland nicht mehr sehr groß ist und daß sie die Legende von der Festerung der Verhältnisse, sobald die Wirtschaftler regieren, allmählich widerlegt hat. Der Dollar steht nach Vergebung erlösender Devisen auf 40000, die Devisenverordnung schließt von vornherein jede Wirkung aus, die Finanzwirtschaft ist kaum noch strahlend, was diese Regierung auszeichnet. Und die Maßnahmen zum Lohnabbau an die deutsche Wirtschaft trotz den schmerzlichen wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiterklasse.

England für gemeinsames Vorgehen

London, 4. Mai. Der Außenminister Lord Curzon äußerte sich in einer Rede in der Oberkammer über die Ruhrfrage und erklärte, daß er es ablehne, die Lage mit Unzulässigkeit oder Zwang zu betrachten. Er fuhr fort, ob das deutsche Angebot gut oder schlecht ist — und sehr viele betrachteten es als unannehmbar — jedenfalls geht die Frage um alle an. Wir werden aus der schwierigen und besorgniserregenden Lage nur durch ein gemeinsames Vorgehen herauskommen. Wenn die Deutschen vor den Rat, die Entscheidungen und die Handlungen aller beteiligten Kantonsmächte gestellt werden, so werden die Aussichten auf einen Erfolg beträchtlich wachsen. Die Regierung steht augenblicklich im engsten Sachverständigenrat mit den andern Mächten. Das Hauptbedürfnis des englischen Volkes sei eine Rückkehr zu den Verhältnissen, unter denen die Entloftung der Welt im Frieden, ein